

Trachselwalds Kinder sammeln für ein Leben ohne Minen

Hilfe für die Ukraine Während der Krieg in der Ukraine täglich schreckliche Nachrichten bringt, will man in Trachselwald nicht nur betroffen sein: Die Schule sammelt für eine Maschine, die Leben retten kann.

Ramon Cunz

Nirgendwo auf der Welt gibt es so viele Landminen wie in der Ukraine: Viermal die Fläche der Schweiz, rund 174'000 Quadratmeter, sind nach Schätzungen der Analyseplattform ACAPS vermint. Besonders tückisch sind die kaum sichtbaren Sprengkörper für spielende Kinder und Bauern, die das Land bestellen.

Fakten und Nachrichten wie diese aus dem kriegsversehrten Land bewegen auch in der Schweiz. Und lösen konkret in der Gemeinde Trachselwald mit ihren 912 Einwohnerinnen und Einwohnern und rund 80 Schulkindern etwas aus.

«Niemand ist zu gering, um etwas zu bewegen», sagt Martin Hunziker, Gemeinderat von Trachselwald, und lässt Taten folgen: Die Schule Heimisbach sammelt Geld für einen Minenräumer. Hergestellt wird er von der Stiftung Digger in Tavannes. Er soll bald dafür sorgen, dass im verminteten Grenzgebiet in der Ukraine weniger Menschen verletzt oder getötet werden.

Trachselwald will handeln statt bloss aushalten

Für die kleine Schule ist es natürlich nicht möglich, den Betrag für den Minenräumer alleine aufzubringen: Rund eine Million kostet das Gerät, inklusive Transport und Ausbildung des Personals in der Ukraine. Aber die Schule will einen Beitrag leisten, «ein Puzzleteil», sagt Hunziker. Denn es fördere die Resilienz, die Fähigkeit, mit schwierigen Situationen umzugehen, wenn man auch bei schlechten Nachrichten aktiv werde.

«Für uns als Schule ist es wichtig, dass die Kinder nicht nur fachliche Kompetenzen erwerben, sondern sich auch emotional entwickeln», sagt auch Viktoria Murgovska, die Schulleiterin der Schule Heimisbach. «Sie lernen Mitgefühl, indem sie zum Beispiel sehen, dass es auch Kinder gibt, denen es nicht so gut geht.»

«Die Lehrpersonen machen sich viele Gedanken, wie sie dieses schwierige Thema aufgreifen können. Gerade bei jüngeren Kindern ist ein sensibler Umgang nötig», erklärt Murgovska. Ein Strassenkonzert in Sumiswald und ein Spiel der Kindergartenkinder am Schulschlussfest sind zwei der Projekte, mit denen die Kinder in den kommenden Monaten auf die Sammelaktion aufmerksam machen. Viele Aktionen seien aber noch am Entstehen.

Ein Minenräumer aus Tavannes

Inspirieren liess sich die Schule dabei von einem ähnlichen Projekt, das Schulen in der Westschweiz zusammen mit der Stiftung Digger lanciert haben. Digger ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz im bernjuraussischen Tavannes und in Genf, die sich seit 1998 gegen Antipersonenminen einsetzt. Die von der Stiftung hergestellten Minenräummaschinen werden unter



Gentien Piaget, Vizepräsident der Stiftung Digger, zeigt einen Minenräumer. Für einen solchen sammelt die Schule Geld. Foto: Enrique Muñoz García

«Manchmal kommen wir uns als abgelegene Gemeinde schon vor wie das kleine Dorf der Gallier bei Asterix und Obelix.»

Martin Hunziker
Gemeinderat

anderem in Afrika und auf dem Balkan eingesetzt.

Frédéric Guerne, Gründer und Direktor der Stiftung, erklärt, wie der Minenräumer funktioniert: Die Maschine wiegt 12 Tonnen, also etwa so viel wie sechs Personwagen, und hat einen 250 PS starken Motor. Er wurde entwickelt, um Minen mit einem speziellen Werkzeug, einer sogenannten Minenfräse, zu zerstören. Damit bei der Zerstörung der Minen niemand zu Schaden kommt, wird die Maschine ferngesteuert.

Wichtig sei der Einsatz des Minenräumers nicht nur, um Menschenleben vor Ort zu schützen, sondern auch für die weltweite Ernährungssituation: «Die Ukraine ist die Kornkammer Europas und viele nordafrikanische Länder sind auf Getreideexporte aus der Ukraine angewiesen», sagt Guerne. Daher sei es vorrangig, die riesigen landwirtschaftlichen Flächen, die derzeit nicht nutzbar sind, von Minen zu befreien.

Die vom Kanton Bern als gemeinnützig anerkannte Stiftung Digger ist unpolitisch. Auf die Frage, ob es für Digger ein Problem wäre, wenn der Minenräu-

mer während des Krieges in russische Hände fallen würde, antwortet Guerne: «Wir müssen uns an die Gesetze halten, die die Exporte unseres Landes regeln, wollen aber darüber hinaus keine politische Partei ergreifen.» Und er fügt hinzu: «Jede zerstörte Mine ist potenziell ein gerettetes Leben, und es liegt nicht in unserer Verantwortung, den Wert eines Lebens auf Kosten eines anderen zu bewerten.»

Rund hundert Minenräumer verschiedener Hersteller seien derzeit in der Ukraine im Einsatz. «Laut dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal benötigt die Ukraine mindestens noch weitere hundert Minenräumer von der internationalen Gemeinschaft», sagt Guerne.

Den Zusammenhalt in Trachselwald stärken

«Manchmal kommen wir uns als abgelegene Gemeinde schon vor wie das kleine Dorf der Gallier bei Asterix und Obelix», sagt der Gemeinderat Martin Hunziker. Umso wichtiger sei der Zusammenhalt in der Gemeinde: «Wir wollen uns mit dem humanitären Engage-

ment für den Minenräumer auch eine Vision für das ganze Dorf geben. Alle sind eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen.»

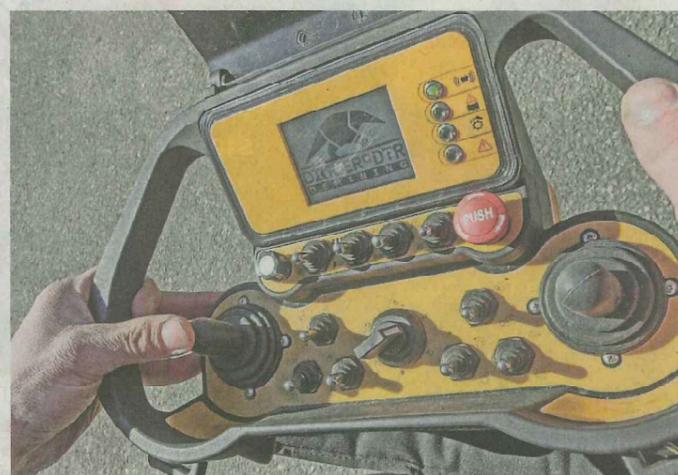
Das Projekt habe aber auch zu Diskussionen im Dorf geführt, sagt Hunziker. Es habe Befürchtungen gegeben, dass die Aktion als politisch motiviert aufgefasst werden könnte. «Das ist definitiv nicht der Fall. Wir wollen einen Beitrag leisten, der den Menschen in der Ukraine Zuversicht gibt.»

Aus diesem Grund hat sich das Organisationskomitee des Treichler- und Viehzuchtfestes bereit erklärt, der Sammelaktion einen Platz einzuräumen: Zwischen den traditionellen Festaktivitäten wird am 27. September auf dem Festgelände in Heimisbach ein Minenräumer zur Besichtigung ausgestellt sein.

Die Spendenaktion der Schule Heimisbach in Trachselwald läuft bis Ende 2025. Spenden kann man über einen QR-Code, der auf der Internetseite der Gemeinde Trachselwald aufgeschaltet ist, oder an den Aktionen, die die Schule in den kommenden Monaten durchführt.



Andrea Schüpbach, Mitglied der Bildungskommission, Gemeinderat Martin Hunziker und Schulleiterin Viktoria Murgovska. Foto: Raphael Moser



Damit beim Einsatz des Minenräumers keine Personen gefährdet werden, wird er aus der Distanz ferngesteuert. Foto: Enrique Muñoz García

Teilnehmer von Corona-Demos müssen bezahlen

Stadt Bern verrechnet Kosten Die Stadt Bern hat insgesamt 18 Massnahmenkritiker zur Kasse gebeten, die bei Corona-Demos im Jahr 2021 straffällig wurden. Ihnen wurden insgesamt 4900 Franken der Polizeikosten in Rechnung gestellt. Das schrieb der Gemeinderat in seinem am Montag veröffentlichten Begründungsbericht auf eine Interfraktionelle Motion.

Diese drehte sich um die Möglichkeit, Polizeikosten an Demoveranstalter und gewalttätige Teilnehmer zu überwälzen, wenn die Kundgebung aus dem Ruder läuft. Der Kanton Bern lässt das zu. Die Stadt Bern verzichtet darauf aber in der Regel, weil der Stadtrat das so im Kundgebungsreglement verankert hat.

Gewalt gegen Beamte und Sachbeschädigung

Allerdings betreffe das nur grundrechtlich geschützte Kundgebungen, rief der Gemeinderat in Erinnerung. Wenn bei einer Kundgebung die Gewalt derart eskaliere, dass die meinungsbildende Komponente völlig in den Hintergrund trete, könne der Grundrechtsschutz nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts entfallen. Genau dies sei bei den Demonstrationen gegen die Corona-Politik im Jahr 2021 der Fall gewesen. Die Stadt habe bisher 18 Demo-Teilnehmer zur Kasse gebeten, die beispielsweise wegen Landfriedensbruchs, Hinderung einer Amtshandlung, Gewalt gegen Beamte oder Sachbeschädigung verurteilt worden seien.

Die Höhe der weiterverrechneten Kosten bewegte sich zwischen 200 und 1000 Franken pro Person. Insgesamt kamen so 4900 Franken zusammen. Gemäss früheren Angaben verursachte jede unbewilligte Corona-Demo im Herbst 2021 Polizeikosten zwischen 100'000 und 200'000 Franken. (SDA)

Gemeinderat gegen Kleidervorschriften an Schulen

Antwort auf SVP-Motion Der Berner Gemeinderat hält nichts von Kleidervorschriften an den städtischen Schulen. Das macht er in seiner Antwort auf eine Motion von Bernhard Hess (SVP) deutlich.

Die Kleidung von Schülerinnen und Schülern gebe an Elternabenden und in Lehrerzimmern immer wieder zu reden, schrieb Hess in seinem Vorstoss. Er nannte einige Beispiele: «Ausschnitte, die ablenken, übertiefe Dekolletés, schlabbrige Trainingshosen, bauchfreie Shirts und natürlich viel zu kurze Röcke».

Im Schulreglement solle festgeschrieben werden, dass Schulkinder und Lehrkräfte «angemessene Kleidung» tragen müssen. Auch bei sommerlichen Temperaturen sei auf eine zu freizügige Kleidung zu verzichten.

Der Gemeinderat lehnt den Vorstoss ab. Eine gesetzliche Verankerung wäre rechtlich äusserst heikel, schrieb er in seiner am Montag veröffentlichten Antwort. Die Wahl der Kleider falle unter den Schutz der persönlichen Freiheit; dies gelte auch für Kinder und Jugendliche. Kleiderordnungen seien nur zulässig, wenn sie für den Schulbetrieb notwendig seien. Dabei gehe es vor allem um Prävention und Sicherheit. (SDA)